

Ein „Hohn“ in der „Hochschulmisere“

Experten diskutierten über die österreichische Uni-Politik in Krisenzeiten

Peter Illetschko

Wenn es darum geht, rasch mit der Spitze der österreichischen Bundesregierung reden zu können, wäre Heinrich Schmidinger ganz gern Metalller oder gar bei den ÖBB. „Da hätte man noch diese Woche für uns Zeit“, sagte der Rektor der Uni Salzburg bei einem Hintergrundgespräch der Österreichischen Forschungsgemeinschaft – und spielte damit auf den Termin zwischen Rektoren und Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) sowie Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) am 22. November an. Ein „Hohn“ sei der Zeitpunkt, „weil dann die Budgets ausverhandelt sind“.

Da es sich bei den benötigten Summen außerdem um Null-Komma-Prozent-Beträge des gesamten Staatshaushaltes handle, schloss Schmidinger auf „Unwillen“ der Regierung, „auf die Situation zu reagieren“, lobte aber im gleichen Atemzug Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) und Unterrichtsministerin Claudia

Schmied (SPÖ). Sie hätten den Ernst der Lage zumindest erkannt. Und der lasse aufgrund mehrerer Faktoren keine Hoffnung auf Besserung zu: Stark wachsende Studentenzahlen stehen real sinkenden Budgets und einem schrumpfenden wissenschaftlichen Personalstand gegenüber.

Hans Tuppy, der in seiner beruflichen Laufbahn nicht nur Wissenschaftsminister, sondern unter anderem auch Rektor der Uni Wien war, sah sogar eine „Hochschulmisere“. Angesichts der mangelnden Aussicht auf mehr Mittel warnte er „vor dieser Demotivierung“ und bezeichnete Länder wie die Schweiz oder Finnland als Vorbilder bezüglich Bildungswesen. Das Vertrauen in die Politik werde dauerhaft untergraben, wenn man sich der Herausforderung nicht stelle, mit diesen Ländern mitzuhalten.

Die Bildungspsychologin Christiane Spiel, Vorsteherin des Wiener Instituts für Wirtschaftspsychologie, berichtete vom Status quo. Obwohl die Psychologie das „Privileg“ habe, den Studentenan-

drang ähnlich wie die Medizin durch Aufnahmetest zu bremsen, müssen jährlich in Wien 600 Studierende aufgenommen werden. Gemäß internationaler Standards und aufgrund der Betreuungsrelation Professor – Student sollten es aber nur 92 sein.

Von ähnlichen Misständen erzählte Susanne Weigelin-Schwiedrzik, Dekanin der Philologisch-kulturwissenschaftlichen Fakultät der Uni Wien. An der Uni Heidelberg seien 250 Professoren für 27000 Studenten zuständig gewesen, in Wien müssten nur 67 Professoren genauso viele Studenten betreuen.

Ein Zustand, den man nur durch ein hohes Maß an Selbstausschöpfung aufrechterhalten könne. Die Lehrenden seien bemüht gewesen, pragmatische Lösungen zu finden und keine Kämpfe auf den Rücken der Studierenden auszutragen. „Wir haben vielleicht falsche Zurückhaltung gepflegt“, meinte Schmidinger, der die Bundesregierung aufforderte, bis 2015 zwei Prozent des BIPs für die Hochschulen auszugeben.